

BLEXIT

**ABSCHIED ALS
VERLÄSSLICHER UND
ATTRAKTIVER ARBEITGEBER**



**«Es reicht!
Es ist genug!
Es ist mehr als genug!»**

Die Protestkundgebung der ABP vom 8. November 2017

Rund 600 Staatsangestellte füllten die Mittenza Muttenz und bestätigten auf eindruckliche Weise die Aussage, welche die Spitzen der vier ABP-Verbände LVB, PVPBL, vpod und VSG im Vorfeld getroffen hatten: Es brodeln im Staatspersonal – und wie! Wo immer die Rednerinnen und Redner Fehlentwicklungen und Missstände anprangerten, wurden sie von kollektiven Unmutsbekundungen aus dem Saal in ihren Aussagen unterstützt. Hoch anzurechnen ist der Regierung, dass sie vollzählig (!) an der Kundgebung teilgenommen hat. Dies beweist, dass es der ABP gelungen ist, sich als respektierte Instanz im Kanton zu etablieren. Auch viele Landratsmitglieder, darunter Personalkommissionspräsident Balz Stückelberger, folgten der Einladung.





FRANTISEK MATOUS

Furioser Beginn

Nachdem die furios aufspielende Basler Street Jazz Band «Brazz Attack» das Publikum eine Viertelstunde lang musikalisch eingestimmt hatte, trat LVB-Präsident Roger von Wartburg, im laufenden Geschäftsjahr auch Jahrespräsident der ABP, ans Mikrofon. Er führte durch den Abend und vermochte kraft seiner aufrüttelnden einleitenden Worte den unter den Anwesenden aufgetauten Unmut geschickt von Beginn weg in die gewünschten Bahnen zu lenken. Unzählige Male wurde seine Ansprache spontan von tosendem Applaus und zustimmenden Rufen unterbrochen.

Doch nicht nur mit kanalisierten Emotionen vermochte der LVB-Präsident bei den Protestierenden zu punkten, sondern auch mit Humor und Wortwitz. So erklärte er den jazzigen Einstieg in die Veranstaltung damit, dass auf diese Weise wenigstens ganz am Anfang harmonische Klänge zu vernehmen gewesen seien, was für den Rest des Abends kaum erwartet werden könne. Auch die in Anlehnung an den «BREXIT» Grossbritanniens aus

der EU entstandene Wortschöpfung «BLEXIT» für das Ende des Kantons Baselland als verlässlicher und attraktiver Arbeitgeber stiess auf enthusiastische Reaktionen im Publikum. Sie finden die wichtigsten Passagen aus Roger von Wartburgs Rede abgedruckt auf Seite 15.

Fassungslosigkeit und Empörung

Toya Krummenacher, Gewerkschaftssekretärin des vpod Region Basel, kam als zweite Rednerin zum Zug. Sie erläuterte den teilweise ungläubig bis fassungslos dreinblickenden Staatsangestellten die von der Regierung geplante Revision des Lohngesetzes, deren gemäss bereits ab 2020 lohnrelevante MAGs das bewährte Lohnmodell mit Lohnklassen und Erfahrungsstufen ersetzen sollen. Auch der Umstand, wonach das Vorgehen der Regierung als unangebrachte Reaktion auf die radikale Initiative «Für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» der Liga der Baselbieter Steuerzahler gewertet werden kann, fand Erwähnung. Die Empörung im Saal war überaus gross, viele giftige und empörte Zwischenrufe waren zu vernehmen.

Nachdem Toya Krummenacher erklärt hatte, dass die ABP am 30. Oktober aus dem die betreffende Revision begleitenden «Sounding Board» – einem Gremium ohne jegliche Befugnisse – ausgetreten sei, weil die ABP nicht als sozialpartnerschaftliches Feigenblatt für weitere Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen erhalten wolle, klatschten die Anwesenden mit bemerkenswerter Ausdauer, womit sie gewissermassen ihren Personalverbänden im Nachhinein die Absolution für diesen Schritt erteilten.

Rentenkürzungen von bis zu 30 Prozent?

Es war LVB-Geschäftsführer Michael Weiss vorbehalten, über die neusten Entwicklungen bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse BLPK zu informieren, was er mit gewohnter Dossiersicherheit und Souveränität tat. Anhand des fiktiven, aber realistischen Beispiels eines 50-jährigen Sicherheitsassistenten der Polizei zeigte Michael Weiss anschaulich auf, wie einschneidend die kumulierten Rentenverluste durch die Reform 2015 und die nun anstehende Revision des

«Wir sind kein sozialpartnerschaftliches Feigenblatt für die Verschlechterung der Anstellungsbedingungen des Staatspersonals!»

*Toya Krummenacher,
Gewerkschaftssekretärin des vpod Region Basel*



Foto: F. Matous



Foto: U. Hubler

«Die geforderte Abfederung der Rentenverluste im Umfang von 40.3 Mio. Fr. kostet so viel wie 1 km der neuen Rheinstrasse in Pratteln!»

*Michael Weiss,
Geschäftsführer des
Lehrerinnen- und Lehrervereins LVB*

«Seit der Einführung des aktuellen Lohnsystems im Jahr 2001 hat der Kanton mit nicht gewährten oder verspätetem Teuerungsausgleich beim Personal kumuliert über 180 Mio. Franken gespart.»

*Michael Rudin,
Vorstandsmitglied des
Polizeipersonalverbands PVPBL*



Foto: U. Hubler



Foto: U. Hubler

«Das Bewirtschaften negativer Klischees und das Verbreiten von Fake News über Staatsangestellte vergiften das politische Klima.»

*Simon Habermacher,
Präsident des Verbands des Staats- und
Gemeindepersonals VSG*

Pensionskassendekrets die einzelnen Arbeitnehmenden zu treffen drohen. Manch einer der Zuhörenden glaubte seinen Augen und Ohren nicht mehr zu trauen angesichts der düsteren Erwartungen.

Anschliessend legte Michael Weiss dar, warum der Vorschlag des Regierungsrats wohl ein Schritt in die richtige Richtung sei, aus Sicht der ABP aber dennoch nicht akzeptiert werden könne und präsentierte den von der ABP erarbeiteten Lösungsvorschlag, welcher für mehr Generationengerechtigkeit sowie eine grössere Sicherheit für die Arbeitnehmerschaft bürgen würde. Auch an dieser Stelle bekräftigten die Anwesenden durch ihren Applaus das Vorgehen der Verbandsspitzen.

Teuerung ausgleichen!

Als Nächster betrat Michael Rudin, Vorstandsmitglied des Polizeiperso-

nalverbands PVPBL, die Bühne. Mithilfe eindrucklicher Folien vermochte er aufzuzeigen, wie der Kanton seit der Einführung des neuen Lohnsystems 2001 allein aufgrund nicht oder nur teilweise gewährtem Teuerungsausgleich bis 2016 kumuliert mehr als 180 Millionen Franken eingespart hat – und das neben allen anderen Spar- und Abbaumassnahmen auf dem Buckel des Personals!

Im Weiteren räumte Michael Rudin gründlich mit zwei Mythen auf: Weder stellt der Teuerungsausgleich einen Bonus für das Personal dar, noch kann der Erfahrungsstufenanstieg im staatlichen Lohnmodell als jährliche Lohnerhöhung betrachtet werden, welche die Teuerung mehr als wettmache. In Wahrheit besteht der Zweck des Teuerungsausgleichs alleine in der Erhaltung der Kaufkraft des ausbezahlten Lohnes, und die Erfahrungsstufen sind keine Lohnerhöhung, da

sie zu keiner Erhöhung der Gesamtlohnsumme führen.

Wertschätzung für das Personal!

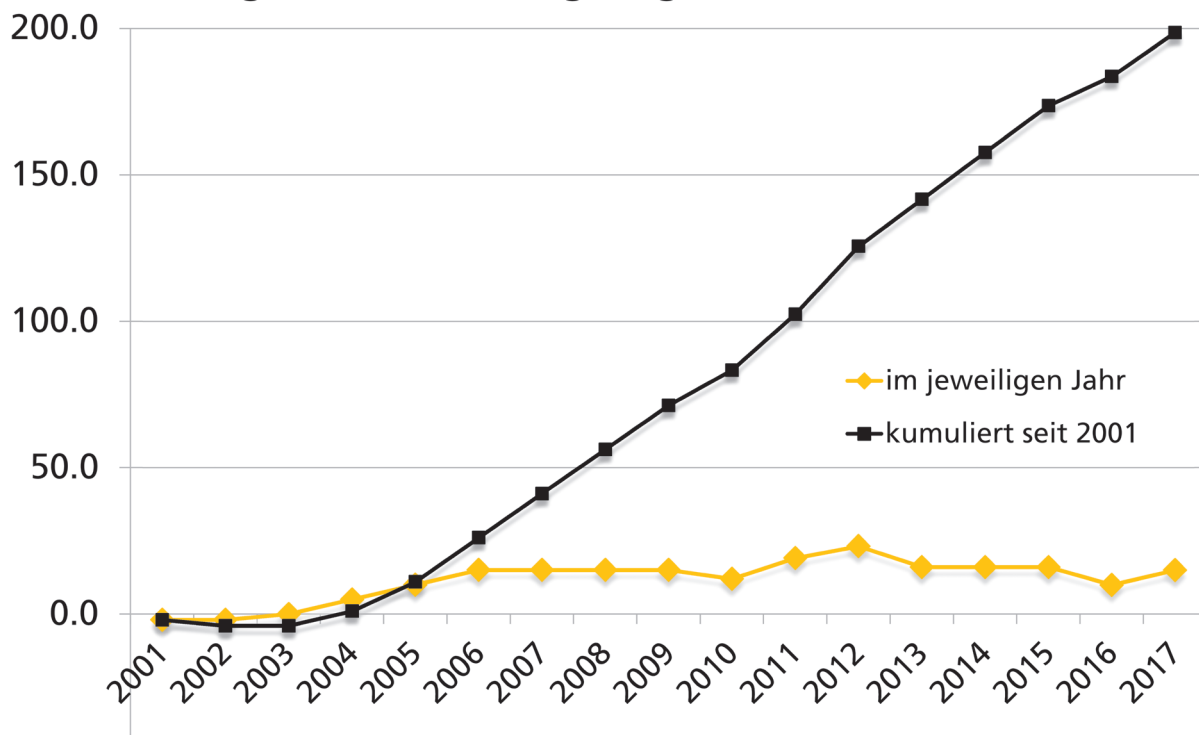
Beschlossen wurde der ABP-Reigen durch VSG-Präsident Simon Habermacher. Er sprach nicht über konkrete monetäre Belange und Forderungen, sondern stellte die allzu oft fehlende Wertschätzung für die wichtige Arbeit des Staatspersonals in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, wobei er seine Kritik mit einleuchtenden Beispielen und Anekdoten zu untermauern wusste.

Danach dekonstruierte respektive widerlegte Simon Habermacher gekonnt verschiedene Negativ-Klischees über Staatsangestellte durch stichhaltige Fakten. Offensichtlich vermochten sich die Anwesenden in den Schilderungen wiederzuerkennen und dankten es dem Referenten ebenfalls mit warmem Applaus.



Hoch anzurechnen ist der Regierung, dass sie vollzählig (!) an der Kundgebung teilgenommen hat. Auch Personalkommissionspräsident Balz Stüchelberger rechts im Bild ist der Einladung gefolgt.

Einsparungen des Kantons durch nicht oder nur teilweise gewährten Teuerungsausgleich, in Mio. Fr.



Resolution verabschiedet

Roger von Wartburg präsentierte sodann die aus den vier beschriebenen Themenfeldern abgeleiteten Forderungen in Form einer Resolution:

1. Keine Schnellschuss-Lohnrevision aus Angst vor der Liga-Initiative!
Schulterschluss zwischen Regierung und ABP mit dem Ziel, die nicht umsetzbare Liga-Initiative zu versenken.
Sozialpartnerschaftliche Ausarbeitung eines tragfähigen neuen Lohnsystems ohne äusseren Druck!
2. Keine kumulierten Rentenverluste von mehr als 18%!
Gesicherte Renten auch für die jüngeren Generationen!
3. Die Teuerung 2017 ist per 1.1.2018 vollumfänglich auszugleichen.
Die Regierung erarbeitet eine konkrete Planung zum Abbau des aufgelaufenen Teuerungsrückstands.
4. Die Regierung tritt pauschalisierenden Verunglimpfungen und Vorurteilen gegenüber dem Staatspersonal konsequent öffentlich entgegen.

Die anwesenden Staatsangestellten verabschiedeten die Resolution einstimmig und brachten ihre Entschlossenheit mit einem neuerlichen minutenlangen Applaus zum Ausdruck.

Finanzdirektor Anton Lauber hatte erwartungsgemäss einen schweren Stand. Es gelang ihm nicht, das aufgebrachte Personal zu beschwichtigen.



FRANTISEK MATOUS

Der Finanzdirektor stellt sich

Nach einem kurzen musikalischen Intermezzo durch «Brazz Attack» war es an Finanzdirektor Anton Lauber, die Position der Regierung darzulegen. Er hatte dabei erwartungsgemäss einen schweren Stand und es gelang ihm nicht, das aufgebrachte Personal zu beschwichtigen.

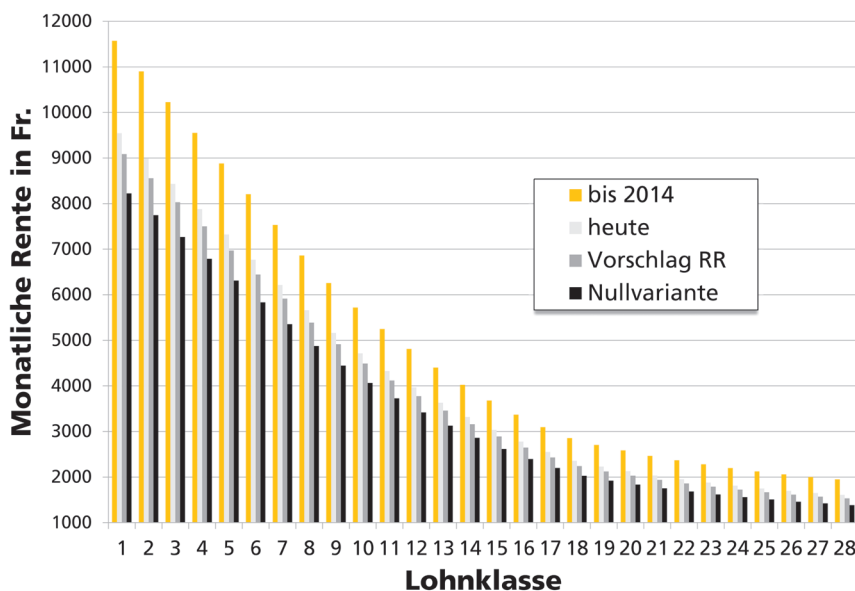
Auf wenig Vertrauen stiess der Magistrat, als er den Anwesenden glaubhaft machen wollte, dass ...

- die Revision des Lohnsystems mitnichten eine Sparvorlage sei;
- eine objektive und lohnrelevante Leistungsbeurteilung bei allen Staatsangestellten inklusive Lehrpersonen mithilfe von Weiterbildungen und Schulungen möglich sei und in anderen Kantonen funktioniere;
- die Regierungsvariante zur Abfederung der Senkung des BLPK-Umwandlungssatzes viel besser als von der ABP dargestellt sei;
- der von der ABP errechnete kumulierte Teuerungsrückstand in Frage zu stellen sei.

Personalverbände stärken!

Abschliessend hielten sich Anton Lauber und Roger von Wartburg gemeinsam auf der Bühne auf und beantworteten Fragen aus dem Publikum respektive nahmen Stellung zu Voten. Wenig überraschend waren sie sich in vielen Punkten nicht einig.

Das offene Mikrofon wurde rege genutzt, bevor Roger von Wartburg nach über drei Stunden Gesamtzeit die Kundgebung schloss – verbunden mit dem Aufruf an die Anwesenden, die ABP-Verbände durch das Anwerben zusätzlicher Mitglieder zu stärken.



LVB-Präsident Roger von Wartburg fand die richtigen Worte, um den Gefühlen der Anwesenden Ausdruck zu verleihen.



URS HUBLER

Die wichtigsten Passagen aus der Rede von LVB-Präsident Roger von Wartburg anlässlich der ABP-Protestkundgebung vom 8. November 2017

«Dieser Saal ist gefüllt mit Menschen, die im Dienste dieses Kantons und seiner Bevölkerung stehen. Diese Menschen hier drin sorgen für unsere Sicherheit. Diese Menschen halten die Infrastruktur instand. Diese Menschen putzen den Dreck weg, den andere hinterlassen. Diese Menschen kümmern sich um die Bildung, die Ausbildung und das Wohlergehen der Kinder, Jugendlichen und Bedürftigen in unserem Kanton. Diese Menschen sorgen dafür, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner nach gleichen Massstäben behandelt werden, wenn sie mit dem Staat in Kontakt kommen. Diese Menschen ermitteln und sprechen Recht. Diese Menschen sorgen für den korrekten Vollzug aller politischen Vorgaben und Abläufe. Und diese Menschen leisten noch vieles mehr. Kurzum: Diese Menschen machen es möglich, dass dieser Kanton funktioniert!

Und im Namen all dieser hier anwesenden Staatsangestellten sage ich an dieser Stelle laut und deutlich: Es reicht! Es ist genug! Es ist mehr als genug!

Wir sind es leid, seit 15 Jahren nur noch Verschlechterungen unserer Anstellungsbedingungen hinnehmen zu müssen und dass jedem Tiefschlag sogleich der nächste folgt!

Wir sind es leid, dass man uns innerhalb weniger Jahre Rentenkürzungen von bis zu 30% zumuten will, aber im politischen Diskurs gleichzeitig noch immer das Lied von der angeblichen Luxus-Pensionskasse gesungen wird!

Wir sind es leid, dass man uns die Löhne pauschal kürzt, dafür nicht einmal eine dreimonatige Frist einhalten muss und uns dann noch zu verstehen gibt, wegen 1% brauche man sich doch nicht so aufzuregen!

Wir sind es leid, dass man uns seit vielen Jahren den aufgelaufenen Rückstand auf die Teuerung mit einer unerträglichen Selbstverständlichkeit vorenthält und so tut, als wäre das in etwa das Gleiche, wie wenn ein Banker auf seine Boni verzichten muss!

Wir sind es leid, dass «Sozialpartnerschaft» in Baselland zunehmend heisst, als Arbeitnehmervertretung einfach

zur Kenntnis nehmen zu dürfen, was der Arbeitgeber tun will. Echte sozialpartnerschaftliche Verhandlungen (im Sinne des Wortes!) sind in Baselland akut vom Aussterben bedroht!

Wir sind es leid, in Abstimmungskämpfen – letztmals vor der Abstimmung über das Kündigungsrecht im September – immer wieder als ineffiziente, überbezahlte Minderleister dargestellt zu werden!

Darum noch einmal in aller Deutlichkeit:

Es reicht! Es ist genug! Es ist mehr als genug!

Was ganz wichtig ist: Wir müssen uns bewusst werden, dass wir, wenn wir uns geschickt aufstellen und erfolgreich mobilisieren, auch eine politische Kraft sind! Die ABP vereint über 5000 Mitglieder, welche zusammen mit ihren Angehörigen bei Abstimmungen sehr viel bewirken können. Nirgends hat man das besser gesehen als am 24. September, als die ABP mit ihrer Kampagne im Alleingang die Kündigungsschutz-Initiative der Liga der Baselbieter Steuerzahler gebodigt hat. Das war ein klares Signal, ja sogar ein Fanal!

Wir können etwas erreichen, wenn wir uns organisieren, wenn wir uns engagieren, wenn wir uns gemeinsam wehren! Wir müssen nicht alles, was an Vorlagen und abstrusen Ideen daherkommt, einfach hinnehmen und schlucken!

Was es unbedingt braucht: Wir müssen die Reihen schliessen, wir müssen die Indifferenten und Apolitischen aufrütteln und mitnehmen! Und wir müssen den Kopf hochnehmen und selbstbewusst auftreten. Nicht selbstherrlich und nicht überheblich, aber selbstbewusst! Denn wer mit gesenktem Haupt durchs Leben geht, dem kann man nicht auf Augenhöhe begegnen.

«Wir sind das Staatspersonal!» steht auf den T-Shirts, die wir jeweils donnerstags auf der Tribüne des Landratssaals beim stillen Protest tragen. Das ist eine Aussage:

Wir sind jemand!

Wir können etwas!

Unsere Arbeit ist wichtig!

Wir sind die Garanten für ein funktionierendes Baselbieter Gemeinwesen!

Ohne uns kann dieser Kanton nicht bestehen!

Wir sind nicht verzichtbar!

Vielleicht ist das die wichtigste Botschaft, die wir gemeinsam heute Abend aussenden: Dass das Baselbieter Staatspersonal gewillt ist, die politische Auseinandersetzung anzunehmen! Und dass niemand in diesem Kanton das Recht hat, uns als Fussabtreter zu benutzen! Wir verdienen Respekt und Wertschätzung für unsere Leistungen zugunsten des Kantons und seiner Bevölkerung!»

Ein anwesender Wirtschaftslehrer rechnet dem Finanzdirektor vor, dass sein persönlicher Verlust aufgrund von Sparmassnahmen der Regierung sich über die Dauer seiner Berufstätigkeit auf rund 1.2 Millionen Franken summiert.

